



**Rosenstadt** | ZWEIBRÜCKEN

17.12.2025

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 16. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 10.12.2025, 16:00 Uhr, im Ratssaal,  
Eingang Schillerstraße

---

### **Anwesend:**

#### *Vorsitz*

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

#### *Stadtvorstand*

Bürgermeister Christian Gauf  
Beigeordnete Christina Rauch

#### *Ratsmitglieder*

Moritz Bächle	anwesend bis 18:40 Uhr, TOP I/24
Theresa Baumann	anwesend ab 16:08 Uhr, TOP I/1
Herbert Beckmann	
Pascal Dahler	
Rebecca Dahler	
Marcel de Gruisbourne	
Falk Dettweiler	
Kurt Dettweiler	
Thomas Eckerlein	anwesend ab 16:13 Uhr, TOP I/1
Rolf Franzen	
Klaus Fuhrmann	
Thorsten Gries	anwesend ab 16:21 Uhr, TOP I/1
Heinrich Grim	
Aaron Holaus	
Dr. Julia Igel	
Thomas Körner	
Patrick Lang	
Elisabeth Metzger	
Stéphane Moulin	
Simon Nikolaus	
Anne Oberle	
Dr. Norbert Pohlmann	
Walter Rimbrecht	
Achim Ruf	
Gertrud Schiller	

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

Frank Schmid

Aaron Schmidt

Sara-Kim Schneider

Dr. Ulrich Schüler

Pervin Taze

Jannik Telöken

Erika Watson

Julian Wilhelm

anwesend ab 16:54 Uhr, TOP I/1

anwesend bis 18:40 Uhr, TOP I/24

anwesend ab 17:01 Uhr, TOP I/1

anwesend ab 16:46 Uhr, TOP I/1

### Protokollführung

Alessa Buchmann

Anna Weber

### von der Verwaltung

Anna-Lena Bär

Werner Brennemann

Dr. Annegret Bucher

Benedikt Burkey

Thomas Deller

Anne Detzler

Inken Dincher

Benedikt Eckert

Tim Edinger

Peter Ernst

Jörg Eschmann

Martin Gries

Nicole Hartfelder

Alex Kimmel

Judith Klein

Anne Kraft

Johannes Kuhn

Pamela Kuhn

Angeline Letkiman

Antonia Mayer

Christian Michels

Holger Seib

Frank Theisinger

Monika Urbatsch

Florian Zahler

### **Abwesend:**

#### Ratsmitglieder

Verena Ecker

Dr. Christoph Gensch

Christian Hofer

Cornelia Keuchel

Jonas Keuchel

Klaus Peter Schmidt

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Tagessordnung

- 1 Beschluss über Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026  
Vorlage: 20/3674/2025/1
- 2 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro  
Vorlage: 20/3701/2025
- 3 Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro  
Vorlage: 20/3655/2025
- 4 Erwerb einer Finanzsoftware für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR) - Auftragserhöhung  
Vorlage: 20/3704/2025
- 5 Einrichtung Festhalle Zweibrücken  
Vorlage: 20/3671/2025
- 6 „Erteilung von Weisungen für Stadtwerke Zweibrücken GmbH und Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH“  
Vorlage: 20/3670/2025
- 7 Erteilung von Weisungen gemäß § 88 GemO;  
Wirtschaftsplan mit fünfjährigem Finanzplan, Investitionsplan und Stellenplan für das Jahr 2026 der GeWoBau GmbH Zweibrücken  
Vorlage: 20/3696/2025
- 8 Fördermaßnahmen im Bereich von Sportstätten
  - 8.1 Information über Sanierungsnotwendigkeiten der Sportgebäude im Westpfalzstadion; Fördermöglichkeiten  
Vorlage: 40/3702/2025
  - 8.2 Information über Sanierungsnotwendigkeiten der Bäder  
Vorlage: 81/3709/2025
  - 8.3 Beschluss über Fördermaßnahmen im Bereich von Sportstätten  
Vorlage: 10/3707/2025
- 9 Vergabe der Schulsozialarbeit an der Berufsbildenden Schule ab dem Schuljahr 2026/2027  
Vorlage: 51/3632/2025
- 10 Vergabe eines Kitaverwaltungsprogramms; Auftragserhöhung aufgrund erhöhter Anzahl an Kitaplätzen  
Vorlage: 51/3698/2025
- 11 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken; Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 172 "Wertstoffhof":

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

- Beschluss über den Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im Verfahren nach §13a BauGB
  - Beschluss der Aufstellungs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 172 „Wertstoffhof“ gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch
  - Beschluss über die freiwillige Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs.1 BauGB, der Behörden und Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. §4 Abs.1 BauGB sowie der Beteiligung der Nachbarkommunen
- Vorlage: 60/3682/2025

- 12 Dach- und Fassadensanierung der Mehrzweckhalle, Helmholtz-Gymnasium; Vergabe der Dach- und Fassadenarbeiten  
Vorlage: 60/3692/2025
- 13 Sanierung der Turnhalle Mannlich-Realschule plus in Zweibrücken; Vergabe der Systemdecke im Gymnastikraum mit integrierter Beheizung und Beleuchtung  
Vorlage: 60/3694/2025
- 14 Neubau einer Werkhalle Feuerwehr Zweibrücken; Einrichtung einer Feuerlöscherwerkstatt  
Vorlage: 10/3693/2025
- 15 IKZ-Modellvorhaben Südwestpfalz –  
Zweckvereinbarung über die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde – Anpassungen  
Vorlage: 10/3703/2025
- 16 Besetzung von Ausschüssen und Gremien  
Vorlage: 10/3684/2025
- 17 Beschluss einer Satzung der Stadt Zweibrücken über die Bildung eines Jugendparlaments  
Vorlage: 10/3679/2025
- 18 Besetzung des Jugendparlaments der Stadt Zweibrücken  
Vorlage: 10/3700/2025
- 19 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken  
Vorlage: 10/3699/2025
- 20 Änderung der Satzung für das Jugendamt  
Vorlage: 51/3612/2025
- 21 Änderung der Richtlinien für die Verleihung der Stadtplakette als Ehrengabe und des Stadttellers als Erinnerungsgabe;  
Beschlussfassung  
Vorlage: 10/3680/2025
- 22 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden  
Vorlage: 10/3690/2025

## **16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025**

- 23** Gemeinsames Positionspapier des Zweibrücker Stadtrats zu geplanten Standortverlegung der Kinderklinik Marienhausklinik St. Josef-Kohlhof; Antrag der Stadtratsfraktionen  
Vorlage: 10/3706/2025
- 24** Anfragen von Ratsmitgliedern
- 25** Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Ratsmitglied Dahler (CDU) äußert vor Eintritt in die Tagesordnung, dass die zu TOP I/18 vorgelegte Liste mit den Namen der Kandidierenden nicht ausreichend sei, da keine weiteren Informationen wie Alter oder gesellschaftliches Engagement enthalten seien. Er betont, dass es nicht um Zweifel am Parlament an sich gehe, sondern darum, dass das Entscheidungsgremium des Stadtrats eine informierte Entscheidung treffen möchte. Daher beantragt er den Tagesordnungspunkt zu vertagen, um eine schriftliche Vorstellung der Kandidierenden zu ermöglichen und die für eine Beschlussfassung erforderlichen Daten zu erhalten.

Der Vorsitzende fragt nach, ob es nicht ausreiche, die Lebensläufe der Kandidierenden nachträglich einzureichen.

Ratsmitglied Dahler (CDU) lehnt dies ab, da die Informationen vor der Entscheidung vorliegen sollten.

Ratsmitglied Rimbrech (SPD) äußert Bedenken hinsichtlich der Auswahl der jungen Menschen durch den Stadtrat. Er hält es für ein falsches Signal, dass sich Jugendliche bewerben und der Stadtrat dann über ihre Eignung entscheide. Er kritisiert die Haltung der CDU, die seiner Ansicht nach den Eindruck erwecke, die Kandidierenden zunächst prüfen zu wollen, bevor eine Zustimmung erfolge. Dies sei ein Signal, das man vermeiden wolle.

Ratsmitglied Dr. Igel (Grüne) äußert, dass es keinen Sinn habe, die Lebensläufe nur pro forma vorzulegen, wenn die Entscheidung ohnehin schon feststehe. Sie hebt hervor, dass es positiv sei, dass sich 20 engagierte Jugendliche gefunden hätten, die bereit seien, Verantwortung zu übernehmen. Sie plädiert dafür, den Jugendlichen Vertrauen entgegenzubringen und sie ihre Arbeit beginnen zu lassen, da die nächste Generation ohnehin von den Schülern selbst gewählt werde und der Stadtrat dann keinen Einfluss mehr habe.

Ratsmitglied Moulin (SPD) ergänzt, dass bei anderen Gremien, die mit externen Personen besetzt werden, ebenfalls keine detaillierten Informationen wie Alter oder gesellschaftliches Engagement vorlägen. Er spricht sich dafür aus, den Vorschlagsträgern zu vertrauen, dass sie eine gute Wahl treffen, und sieht keinen Grund, dies im vorliegenden Fall anders zu handhaben.

Es wird festgestellt, dass keine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, um den Punkt vertagen, da dies nur im Falle einer Absetzung erforderlich wäre.

Die Abstimmung über die Vertagung führt zu folgendem

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	15
Nein:	13
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 27 Mitglieder und der Vorsitzende teil.

Folglich wird der Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des Stadtrates im Januar vertagt.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung erfolgen nicht.

**Punkt 1:**  
**(öffentlich)**

**Beschluss über Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026**  
**Vorlage: 20/3674/2025/1**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und betont, dass in den vergangenen Wochen und Monaten intensive Diskussionen über den Haushalt geführt worden seien, wobei Vor- und Nachteile sowie Herausforderungen eingehend erörtert worden seien. Anschließend übergibt er das Wort an Finanzdezernent und Bürgermeister Gauf.

Bürgermeister Gauf erläutert, dass der Haushalt 2026 ein Defizit von 34 Millionen Euro aufweise, was trotz einer Verbesserung um 6 Millionen Euro gegenüber dem ersten Entwurf immer noch eine erhebliche finanzielle Herausforderung darstelle. Diese Verbesserung sei auf Sparmaßnahmen der Ämter sowie auf höhere Schlüsselzuweisungen zurückzuführen. Er hebt hervor, dass die strukturelle Unterfinanzierung, insbesondere im Jugend- und Sozialbereich, die Handlungsfähigkeit der Kommunen stark einschränke. Zudem kritisiert er die Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen ohne ausreichende Gegenfinanzierung und verweist auf die Problematik des kommunalen Finanzausgleichs. Er erwähnt ein Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Peter Müller, das die strukturellen Defizite und die Missachtung des Konkurrenzprinzips deutlich mache. Er betont, dass die Kommunalaufsicht mittlerweile auch nicht ausgeglichene Haushalte genehmigen könne, sofern Sparbemühungen dokumentiert würden.

Die Fraktionen beginnen mit ihren Haushaltsreden in der Reihenfolge der Fraktionsstärken.

Ratsmitglied Dahler (CDU) äußert sich kritisch zur finanziellen Lage und fordert eine bessere Ausstattung der kommunalen Haushalte. Die CDU lehnt den Antrag der FDP zur Senkung des Grundsteuerhebesatzes ab und stellt drei eigene Anträge: den Ausbau der Fasaneriestraße, die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zur Westpfalzhalle und den Erhalt der Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken. Die Fraktion betont die Bedeutung von Maßnahmen, die die Stadt lebenswert gestalten, und bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Moulin (SPD) erklärt, dass seine Fraktion dem Haushaltsplan und Stellenplan zustimme und hebt die Bedeutung der frühzeitigen Genehmigung des Haushalts hervor. Er kritisiert die strukturellen Probleme der kommunalen Finanzierung und fordert den Bund auf, die Kommunen stärker zu unterstützen. Die Fraktion betont die Notwendigkeit von Investitionen in Straßen, Schulen und Katastrophenschutz und verweist auf eigene Anträge, wie die Ansiedlungsförderung in der Innenstadt und die Verbesserung der Wanderwege. Die SPD spricht sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus und bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung des Haushalts.

Ratsmitglied Bächle (AfD) betont die Bedeutung von Sparsamkeit und Zusammenarbeit über Parteidistanzen hinweg. Die Fraktion fordert, die Bürger in den Mittelpunkt der Entscheidungen zu stellen und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Die Fraktion ruft dazu auf, den Haushalt solide zu gestalten und die Zukunft der Stadt zu sichern.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann (Grüne) kritisiert das hohe Defizit und fordert eine stärkere Haushaltssolidierung. Er bemängelt die fehlende strategische Schwerpunktsetzung im Bereich Klimaschutz und fordert einen klar definierten Klimahaushalt sowie Investitionen in erneuerbare Energien und nachhaltige Mobilität. Die Fraktion unterstützt die positiven Investitionslinien des Haushalts, fordert jedoch mehr Engagement im Bereich Klimaschutz.

Ratsmitglied Dettweiler (FWG) bedankt sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts und kritisiert die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Die FWG fordert eine transparente Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtverantwortlichen und spricht sich für realistische Ziele und verlässliche Finanzierungswege aus. Die Fraktion äußert Bedenken hinsichtlich der Vermietung des City Outlets und der geplanten Nutzung der Karlskirche und fordert belastbare Gutachten und Finanzierungsmodelle.

Ratsmitglied Oberle (FDP) hebt die Bedeutung von Einsparungen und kosteneffizienten Lösungen hervor. Sie fordert eine Senkung des Grundsteuerhebesatzes zur Entlastung mittelständischer Betriebe und betont die Bedeutung der Innenstadtentwicklung und der Unterstützung von Vereinen. Die Fraktion spricht sich gegen die Streichung freiwilliger Leistungen aus und fordert faire Finanzierungsstrukturen durch Bund und Land.

Ratsmitglied Schmidt (parteilos) möchte keine Rede halten.

Nach den Haushaltsreden werden die Anträge der Fraktionen besprochen. Frau Urbatsch und Herr Kimmel (Kämmerei) nehmen zu den Anträgen Stellung.

### **1. Grüne – Haushaltskonsolidierungskommission**

Der Antrag der Grünen zieht keine Änderung im Haushaltsplan nach sich. Der Vorsitzende erinnert an seine Ausführungen aus der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und gibt an, dass dies personaltechnisch aktuell nicht umzusetzen sei. Ratsmitglied Dr. Pohlmann (Grüne) unterstreicht die Bedeutung dieses Gremiums und bittet darum, die Wiedereinführung der Haushaltkskonsolidierungskommission weiterhin im Blick zu halten.

### **2. Grüne – Klimaneutralität**

Der Antrag der Grünen zur Klimaneutralität werde vom Bauamt entsprechend nachgereicht und zukünftig weiterverfolgt. Eine Abstimmung sei daher nicht notwendig. Ratsmitglied Dr. Pohlmann (Grüne) zeigt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden. Die vorgelegte Aufstellung sei zunächst einmal ausreichend. In den kommenden Jahren bitte die Fraktion darum, die Daten, insbesondere die CO<sub>2</sub>-Einsparungen, detaillierter anzugeben.

### **3. FDP - Hebesatz Grundsteuer B**

Die Diskussion über den Antrag der FDP zur Änderung des Grundsteuerhebesatzes führt zu keiner Einigung, da die Aufkommensneutralität nicht gewährleistet werden kann. Die FDP zieht ihren Änderungsantrag zurück.

### **4. SPD - Ausbau des Wanderwegenetzes**

Die SPD beantragt zusätzliche Mittel für Wanderwege und Ansiedlungsförderung, die jedoch bereits im Haushalt enthalten sind.

### **5. SPD – Ansiedlungsförderung Innenstadt**

Das Konzept zur Ansiedlungsförderung in der Innenstadt geht im Jahr 2026 in die Umsetzung. Entsprechende Mittel sind bereits im Haushaltsplan enthalten, eine Änderung ist daher nicht erforderlich.

### **6. SPD – Begegnungsplatz Niederauerbach**

Der Antrag der SPD zur Sanierung des Begegnungsplatzes in Niederauerbach wird mit 25.000 Euro eingebbracht. Die Entscheidung, ob der Ansatz konsumtiv oder investiv eingebracht wird, trifft die Verwaltung nach erneuter Prüfung. Beide Varianten werden mit gleichem Abstimmungsergebnis beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil.

Die Ratsmitglieder Fuhrmann (SPD) und Watson (FDP) befanden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

**7. CDU – Ausbau Fasaneriestraße**

Die CDU beantragt den Ausbau der Fasaneriestraße, der über den Infrastrukturfonds finanziert werden soll, sowie die Bereitstellung von 50.000 Euro für die Planung eines barrierefreien Zugangs zur Westpfalzhalle. Im Haushalt 2026 ist keine Berücksichtigung erforderlich. Da die Straße eine Kreisstraße ist, müsse das Land erst einen Zuschussantrag stellen. Da dies noch nicht erfolgt sei, kann die Umsetzung erst nach Zuschussbewilligung und somit nicht im Jahr 2026 erfolgen.

**8. CDU – barrierefreier Zugang zur Westpfalzhalle**

Es wird ein entsprechender investiver Planungsansatz in den Haushalt 2026 eingebracht, weitere Kosten werde in den Folgejahren eingeplant, in denen die Maßnahme umgesetzt werde.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**9. CDU – Bibliotheca Bipontina**

Der Antrag der CDU zur Bibliotheca Bipontina wird mit 250.000 Euro bewilligt, die Kosten sind bereits im Haushaltsansatz enthalten.

Nachdem die Anträge der Fraktionen besprochen wurden, wird über die Beschlussvorschläge der Verwaltung abgestimmt. Dabei spricht sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Im Anschluss fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die gefassten Beschlüsse beinhalten gleichzeitig den Auftrag an die Verwaltung, etwaige Einzelbeschlüsse zu in der Sitzung gestellten Änderungsanträgen zum Haushaltsplan sowie Einzelbeschlüsse hinsichtlich eingegangener Fraktionsanträge, vor Einreichung des Haushaltplanes bei der Aufsichtsbehörde, in das Gesamtzahlenwerk des Haushaltplanes mit

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

aufzunehmen und die hieraus resultierenden Anpassungen in der Haushaltssatzung vorzunehmen. *Ebenso werden die in der heutigen Sitzung besprochenen Änderungen eingearbeitet.*

- a. Dem Entwurf des Stellenplanes 2026 wird zugestimmt.
- b. Dem Entwurf des Haushaltplanes der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2026 wird zugestimmt.
- c. Dem Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Zweibrücken für das Haushaltsjahr 2026 wird zugestimmt.
- d. Den Grundsätzen der Deckungsfähigkeit wird zugestimmt (Seite 516).

Im Anschluss zur Beschlussfassung geht es erneut um die Vertragung des Tagesordnungspunktes I/18:

Ratsmitglied Moulin (SPD) vertritt die Auffassung, dass es sich hierbei um eine Absetzung eines Tagesordnungspunktes und nicht um eine Vertragung handele, da die Stellung eines solchen Antrages erst nach Aufruf des entsprechenden Tagesordnungspunktes möglich sei. Eine Absetzung erfordere nach der GemO eine zwei-Drittel-Mehrheit und die habe man bei der Beschlussfassung vor Eintritt in die Tagesordnung nicht erreicht.

Frau Buchmann (Hauptamt) erklärt, dass eine Änderung der Tagesordnung grundsätzlich vor Eintritt in diese vorzunehmen sei. Die Gemeindeordnung wie auch die Kommentierung unterscheidet sehr klar zwischen den Fällen einer Absetzung, welche bedeute, dass ein Punkt nicht mehr auf die Tagesordnung dieser Sitzung und auch nicht einer Folgesitzung soll (ausgenommen der Vorsitzende setze diese erneut auf die Tagesordnung einer Sitzung). Eine Vertagung hingegen sieht vor, dass ein Tagesordnungspunkt beispielsweise aufgrund von Klärungsbedarf oder offenen Fragen zurückgestellt und in einer der nächsten Sitzungen behandelt werde. Der von der CDU gestellte Antrag entspreche daher einem Antrag auf Vertagung auf die nächste Stadtratssitzung, welche die einfache Mehrheit erfordere.

Ratsmitglied Moulin (SPD) gibt an, dass er bei seiner Auffassung bleibe und die SPD-Fraktion sich vorbehält, diese Angelegenheit im Nachgang nochmals rechtlich prüfen zu lassen. Seiner Meinung nach ist eine Auseinandersetzung mit der Thematik im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte nur eingeschränkt möglich, während man nach Aufruf des Tagesordnungspunktes hätte ausführlich inhaltlich diskutieren können. Der Rat hätte dann immer noch zu dem Ergebnis kommen können, den Beschluss in einer anderen Sitzung zu fassen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

20

**16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025**

10.1

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 2: (öffentlich)

**Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen  
Aufwendungen/Auszahlungen über 10.000 Euro  
Vorlage: 20/3701/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler: 20

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 3: (öffentlich)

**Genehmigung von über- bzw. außerplanmäßigen  
Aufwendungen/Auszahlungen über 50.000 Euro  
Vorlage: 20/3655/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler: 20

**Punkt 4:**  
**(öffentlich)**

**Erwerb einer Finanzsoftware für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR) - Auftragserhöhung**  
**Vorlage: 20/3704/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erklärt, dass eine aktualisierte Tischvorlage vorliegt, da beim Übertragen der ursprünglichen Vorlage der letzte Satz mit der entsprechenden Summe versehentlich ausgelassen wurde. In der aktualisierten Tischvorlage sei dieser Satz ergänzt worden. Es werde klargestellt, dass die Verwaltung ermächtigt werde, im Bedarfsfall bis zu zehn zusätzliche Beratungstage während der Implementierungsphase zu einem Tagessatz von 1.715 Euro zu beauftragen.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt das Modul Bescheid-Designer und die App Faktura zu beauftragen. Die Verwaltung wird ermächtigt im Bedarfsfall bis zu 10x weitere Beratertage während der Implementierungsphase zu einem Tagessatz von 1.715 € zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

20

**Punkt 5:**  
**(öffentlich)**

**Einrichtung Festhalle Zweibrücken**  
**Vorlage: 20/3671/2025**

Der Oberbürgermeister übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an den Bürgermeister. Dieser verweist auf die Vorlage.

Es spricht sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2024 der Einrichtung Festhalle Zweibrücken gem. § 27 Abs. 2 EigAnVO:

Es werden festgestellt:

Die Bilanzsumme von 8.188.016,54 €.

Die Jahreserfolgsrechnung für das Wirtschaftsjahr 2024, abschließend mit folgendem Ergebnis:

578.358,49 € Jahresverlust.

Der Jahresverlust aus 2024 in Höhe von 578.358,49 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Wirtschaftsjahr 2024 ist ein kassenwirksamer Verlust i. H. v. 342.067,37 € entstanden.

2. Dem Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken wird für den Jahresabschluss 2024 der Einrichtung Festhalle Entlastung erteilt.
3. Zur Abschlussprüfung für den Jahresabschluss 2025 der Einrichtung Festhalle wird die WIKOM AG, Frankfurt am Main, bestimmt.
4. Der Wirtschaftsplan 2026 mit seinen Teilen

- a) Erfolgsplan
- b) Vermögensplan
- c) Finanzplan
- d) Mittelfristiger Finanzplan
- e) Erläuterungsbericht

wird gem. der beigefügten Anlage beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler: 20,81

**Punkt 6:**  
**(öffentlich)**

**„Erteilung von Weisungen für Stadtwerke Zweibrücken GmbH  
und Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH“  
Vorlage: 20/3670/2025**

Der Oberbürgermeister übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an den Bürgermeister. Dieser verweist auf die Vorlage.

Es spricht sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

**1. Stadtwerke Zweibrücken GmbH:**

**1.1 Wirtschaftsplan 2026:**

Dem Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Zweibrücken GmbH mit seinen Teilen

- a. Erfolgsplan
- b. Vermögensplan
- c. Finanzplan
- d. Mittelfristiger Finanzplan
- e. Stellenübersicht

wird zugestimmt.

**2. Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH:**

**2.1 Feststellung des Konzernabschlusses 2024:**

Der Feststellung des vom Aufsichtsrat gebilligten Konzernabschlusses 2024 (§ 17 lit. f) wird zugestimmt.

Die Bilanzsumme beträgt: **95.084.742,21 Euro**

Der Konzernbilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2024 schließt mit folgendem Ergebnis ab: **12.105.593,42 Euro**

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### 2.2 Wirtschaftsplan 2026:

Dem Wirtschaftsplan 2026 der Stadtwerke Zweibrücken Service GmbH mit seinen Teilen

- a. Erfolgsplan
- b. Vermögensplan
- c. Finanzplan
- d. Mittelfristiger Finanzplan
- e. Stellenübersicht

wird zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

20

81

**Punkt 7:**  
**(öffentlich)**

**Erteilung von Weisungen gemäß § 88 GemO;  
Wirtschaftsplan mit fünfjährigem Finanzplan, Investitionsplan  
und Stellenplan für das Jahr 2026 der GeWoBau GmbH  
Zweibrücken  
Vorlage: 20/3696/2025**

Der Oberbürgermeister übergibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an den Bürgermeister. Dieser verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgende

**Beschlüsse:**

1. Dem Wirtschaftsplan 2026 und dem 5-jährigen Finanzplan sowie dem Investitionsplan und dem Stellenplan 2026 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Grim (CDU) befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der GeWoBau GmbH Zweibrücken dem Wirtschaftsplan, dem Finanzplan sowie dem Investitionsplan und dem Stellenplan zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Grim (CDU) befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Höchstverschuldungsgrenze von 50 Mio. EUR und der Grenze für die Aufnahme neuer Darlehen von höchstens 20 Mio. EUR zuzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	32
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Ratsmitglied Grim (CDU) befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

### **Verteiler:**

20

GeWoBau

**Punkt 8:**  
**(öffentlich)**

**Fördermaßnahmen im Bereich von Sportstätten**

**Punkt 8.1:**  
**(öffentlich)**

**Information über Sanierungsnotwendigkeiten der Sportgebäude  
im Westpfalzstadion; Fördermöglichkeiten**  
**Vorlage: 40/3702/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die Beigeordnete Rauch erläutert, dass die Sanierung der Sportgebäude im Westpfalzstadion bereits seit längerer Zeit im Fokus stehe. Nun bestünden Möglichkeiten, die notwendigen Maßnahmen auf Grundlage der bestehenden Rahmenbedingungen anzugehen. In der vorgelegten Dokumentation seien die Sanierungsbedarfe detailliert dargestellt. Diese umfassten unter anderem die Erneuerung sämtlicher Wand- und Bodenbeläge, der Decken sowie der sanitären Einrichtungen einschließlich der Haustechnik. Zudem gebe es Defizite in der Barrierefreiheit, die behoben werden müssten. Die Sanitärbereiche und Umkleiden seien ebenfalls stark sanierungsbedürftig, da das Gebäude aus den 1970er Jahren stamme und entsprechend in die Jahre gekommen sei. Sie führt weiter aus, dass die Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahmen in Abstimmung mit dem Bauamt geprüft worden seien. Es werde empfohlen, die Sanierung im Rahmen der Sportförderung beziehungsweise der Investitionsförderung durchzuführen. Hierbei solle auf den Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur zurückgegriffen werden. Dieser Plan sehe für die Stadt Zweibrücken Fördermittel in Höhe von circa 30 Millionen Euro vor, die auf verschiedene Projekte verteilt werden könnten.

Abschließend informiert sie darüber dass die Sanierungsbedarfe am 8. Januar 2026 im Sportstättenbeirat erneut beraten würden. Im Anschluss daran werde das Thema in den weiteren politischen Gremien zur Beratung vorgestellt.

**Verteiler:**

I  
III  
40  
Stadtwerke

**Punkt 8.2:**  
**(öffentlich)**

**Information über Sanierungsnotwendigkeiten der Bäder**  
**Vorlage: 81/3709/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erläutert, dass die vorliegenden Unterlagen den Sanierungsbedarf der städtischen Bäder detailliert darlegen. Die Gutachten hätten einen signifikanten Sanierungsbedarf sowohl für das Badeparadies als auch für das Freibad festgestellt. Diese Ergebnisse seien umfassend im Aufsichtsrat der Stadtwerke Service GmbH diskutiert worden. Für die Modernisierung des Badeparadieses sei ein Investitionsvolumen von 27 Millionen Euro erforderlich, während die Sanierung des Freibads mit 11,8 Millionen Euro veranschlagt werde.

Der Vorsitzende kritisiert, dass Informationen aus nicht öffentlichen Sitzungen, wie etwa die des Aufsichtsrats, wiederholt an die Öffentlichkeit gelangten. Er betont, dass es bedauerlich sei, wenn Beschlüsse oder Anträge, die in nicht öffentlichen Teilen besprochen würden, bereits am nächsten Tag auf Plattformen wie Facebook veröffentlicht würden. Dies führe zu Spekulationen und erschwere die Zusammenarbeit. Er appelliert an alle Beteiligten, sich an die Regeln der Nichtöffentlichkeit zu halten, um eine vertrauliche Zusammenarbeit zu gewährleisten.

**Verteiler:**

I  
III  
40  
Stadtwerke

**Punkt 8.3:**  
**(öffentlich)**

**Beschluss über Fördermaßnahmen im Bereich von Sportstätten**  
**Vorlage: 10/3707/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und schlägt vor, die Sanierungsprojekte der Bäder im Rahmen des sogenannten 333-Millionen-Euro-Sportprogramms zu beantragen. Dieses Programm ermögliche eine Förderung von bis zu 8 Millionen Euro pro Projekt. Für das Westpfalzstadion solle hingegen der Investitionsfonds genutzt werden, da die dort erforderlichen Mittel signifikant geringer seien. Diese Strategie erlaube es, die verfügbaren Eigenmittel effizient einzusetzen. Er weist darauf hin, dass bei Projekten mit einem Volumen von über 3 Millionen Euro die Förderung auf maximal 3 Millionen Euro begrenzt sei, während bei größeren Projekten, wie dem Badeparadies mit einem Volumen von 24,8 Millionen Euro, eine höhere Förderung möglich sei.

Es spricht sich niemand gegen die gemeinsame Abstimmung der Beschlussvorschläge aus.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Für die Sanierung beider Bäder wird die Verwaltung beauftragt, zwei Anträge im Rahmen des Bundesförderprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ zu stellen.
2. Für die Sanierung des Sportgebäudes im Westpfalzstadion werden Mittel aus dem Sondervermögen „Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur“ eingesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

I  
III  
40  
Stadtwerke

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 9: (öffentlich)

### **Vergabe der Schulsozialarbeit an der Berufsbildenden Schule ab dem Schuljahr 2026/2027** **Vorlage: 51/3632/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Schulsozialarbeit an der Berufsbildenden Schule Zweibrücken soll ab dem Schuljahr 2026/2027 weiterhin durch eine Vollzeitstelle erfolgen. Die Vergabe der Schulsozialarbeit an der BBS erfolgt an den Internationalen Bund IB Südwest gGmbH - Region Pfalz/Saarland“ zu den im Angebot vom 30.09.2025 genannten Bedingungen.

Das Jugendamt wird beauftragt die notwendigen Vereinbarungen z. B. Kooperationsvereinbarung, Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarung, mit dem Träger und der Schule abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

51

30

11

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 10: (öffentlich)

**Vergabe eines Kitaverwaltungsprogramms; Auftragserhöhung  
aufgrund erhöhter Anzahl an Kitaplätzen  
Vorlage: 51/3698/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Auftrag der Firma LITTLE BIRD GmbH wird von 18.922,62 € um 2.708,77 € auf 21.631,39 € jährlich erhöht.

Die Verwaltung wird ermächtigt entsprechende Verträge abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

51

30

**Punkt 11:**  
**(öffentlich)**

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken; Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 172 "Wertstoffhof":**  
**- Beschluss über den Antrag zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes im Verfahren nach §13a BauGB**  
**- Beschluss der Aufstellungs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 172 „Wertstoffhof“ gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**  
**- Beschluss über die freiwillige Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. §3 Abs.1 BauGB, der Behörden und Träger öffentlicher Belange (Scoping) gem. §4 Abs.1 BauGB sowie der Beteiligung der Nachbarkommunen**  
**Vorlage: 60/3682/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Lang (Grüne) erinnert daran, dass die Grünen bereits im Juni 2022 einen Antrag eingebracht hätten, sogenannte Re-Use-Regale für Alltagsgegenstände im Wertstoffhof einzuführen. Er führt aus, dass dies damals aus Platzgründen nicht möglich gewesen sei, jedoch mit dem geplanten Neubau des Wertstoffhofs erneut geprüft werden solle. Er hebt hervor, dass solche Regale zur Müllvermeidung beitragen und die Kommunen hinsichtlich ihres Müllaufkommens entlasten könnten. Er betont die zunehmende Bedeutung von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung und verweist auf erfolgreiche Beispiele, wie das Konzept in Worms und Kaiserslautern.

Der Vorsitzende entgegnet, dass es vor dem Hintergrund der Fläche kein Problem gebe, jedoch derzeit lediglich der Bebauungsplan diskutiert werde. Weitere Details würden im Rahmen der weiteren Beratungen besprochen.

Im Anschluss fasst der Stadtrat e i n s t i m m i g folgenden

**Beschlüsse:**

1. Die Annahme des Antrages auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 172 „Wertstoffhof“ wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

2. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ZW 172 „Wertstoffhof“, im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bauleitplanes ist dem beiliegenden Lageplan zu entnehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

3. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis der vorliegenden Planunterlagen eine freiwillige frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### **Verteiler:**

60

84

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 12: (öffentlich)

**Dach- und Fassadensanierung der Mehrzweckhalle, Helmholtz-Gymnasium; Vergabe der Dach- und Fassadenarbeiten**  
**Vorlage: 60/3692/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die erforderlichen Dach- und Fassadenarbeiten für die Sanierung der Mehrzweckhalle am Helmholtz-Gymnasium werden an die Firma **Wittenauer GmbH, Am Fuchsgraben 2a** aus **77880 Sasbach** zum Angebotspreis von **268.380,84€ (brutto)** vergeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

60

30

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 13: (öffentlich)

**Sanierung der Turnhalle Mannlich-Realschule plus in Zweibrücken; Vergabe der Systemdecke im Gymnastikraum mit integrierter Beheizung und Beleuchtung**  
**Vorlage: 60/3694/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die für die Sanierung der Turnhalle Mannlich-Realschule plus in Zweibrücken geplante **Systemdecke im Gymnastikraum mit integrierter Beheizung und Beleuchtung** wird an die Firma **Best GmbH, Tischlerstraße 11-15 aus 30916 Isernhagen** zum Angebotspreis von **92.063,86 € (brutto)** vergeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

60  
30

**Punkt 14:**  
**(öffentlich)**

**Neubau einer Werkhalle Feuerwehr Zweibrücken; Einrichtung  
einer Feuerlöscherwerkstatt**  
**Vorlage: 10/3693/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dettweiler (FWG) erläutert Herr Theisinger (Brand- und Katastrophenschutz), dass in den städtischen Gebäuden etwa 800 Einheiten zusätzlich vorhanden seien. Er führt aus, dass durch diese Maßnahmen jährliche Einsparungen in Höhe von etwa 15.000 bis 16.000 Euro erzielt werden könnten.

Ratsmitglied Ruf (Grüne) stellt die Frage, ob neben den städtischen Feuerlöschern auch solche von Gewerbetreibenden oder Privatpersonen geprüft würden.

Der Vorsitzende erklärt daraufhin, dass dies nicht möglich sei, da die Stadt nicht gewerblich tätig sein dürfe.

Ratsmitglied Ruf (Grüne) fragt weiter, ob eine Prüfung für die Tochtergesellschaften innerhalb des Konzerns möglich sei.

Der Vorsitzende gibt an, dass man dies prüfen müsse.

Im Anschluss fasst der Stadtrat e i n s t i m m i g folgenden

**Beschluss:**

Der Auftrag zur Einrichtung der Feuerlöscherwerkstatt wird an die Firma Brandschutztechnik Müller GmbH, Kasseler Straße 37-39, 34289 Zierenberg, zum Angebotspreis von 74.619,55 € (brutto) vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

37  
30

**Punkt 15:**  
**(öffentlich)**

**IKZ-Modellvorhaben Südwestpfalz –  
Zweckvereinbarung über die gemeinsame Wahrnehmung der  
Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde – Anpassungen  
Vorlage: 10/3703/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Franzen (CDU) erklärt der Vorsitzende, dass die Stadt Zweibrücken für die Rekrutierung des entsprechenden Personals verantwortlich sei. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Modells weiterhin eine Außenstelle in Pirmasens bestehen werde. Diese Außenstelle sei dafür vorgesehen, die Fälle aus Pirmasens und dem Kreis zu bearbeiten. Zudem wird erläutert, dass im Falle einer Kündigung der Zweckvereinbarung keine größeren Probleme beim Übergang erwartet würden, da die betroffenen Personen ohnehin bei der Kommune selbst beschäftigt seien. Es werde jedoch die Möglichkeit eingeräumt, dass diese Personen bei Interesse in Zweibrücken verbleiben könnten.

Im Anschluss fasst der Stadtrat e i n s t i m m i g folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der angepassten Zweckvereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**  
10 - Bär

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### **Punkt 16:** **Besetzung von Ausschüssen und Gremien** **(öffentlich)** **Vorlage: 10/3684/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

#### **Beschlüsse:**

1. Frau Asina Wagner wird als Leiterin des AWO-Seniorenhauses als Mitglied in den Seniorenbeirat gewählt
2. Herr Holger Seib wird als Vertreter der Sportbehörde in den Sportstättenbeirat gewählt.
3. Herr Thomas Hoyer wird als Vertreter der Unteren Naturschutzbehörde in den Sportstättenbeirat gewählt. Herr Heiko Wunderberg wird als Stellvertretung in den Sportstättenbeirat gewählt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

#### **Verteiler:**

40

50

10.2.1

10.2.1.2

**Punkt 17:**  
**(öffentlich)**

**Beschluss einer Satzung der Stadt Zweibrücken über die Bildung  
eines Jugendparlaments**  
**Vorlage: 10/3679/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dahler (CDU) bringt einen Ergänzungsvorschlag ein, der die Regelmäßigkeit von Sitzungen betrifft. Er schlägt vor, im Entwurf festzuhalten, dass das Parlament mindestens einmal im Vierteljahr tagt und bis zu zehn Sitzungen jährlich stattfinden können.

Ratsmitglied Lang (Grüne) erinnert daran, dass dieses Thema bereits im Haupt- und Personalausschuss besprochen wurde.

Frau Buchmann (Hauptamt) äußert sich ebenfalls zu dem Thema und erklärt, dass die Mindestanzahl der Sitzungen in der Geschäftsordnung geregelt sei. Diese Regelung gelte für das Parlament, bis es sich eine eigene Geschäftsordnung gebe. Sie führt aus, dass die Geschäftsordnung des Rates eine Mindesthäufigkeit von einmal im Vierteljahr vorsehe und das Jugendparlament plane, sich eine Regelung von mindestens sechs Sitzungen pro Jahr zu geben. Sie betont, dass die Höchstzahl der Sitzungen nicht festgelegt werden könne, da diese von der Notwendigkeit der Beratung abhängen.

Ratsmitglied Dahler (CDU) zeigt sich mit der Erklärung zufrieden.

Im Anschluss fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf einer „Satzung der Stadt Zweibrücken über die Bildung eines Jugendparlaments“ wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

51

30

10.2.1

10L

**Punkt 18:**  
**(öffentlich)**

**Besetzung des Jugendparlaments der Stadt Zweibrücken**  
**Vorlage: 10/3700/2025**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

Verteiler:

10.2.1

10L

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

**Punkt 19:**  
**(öffentlich)**

**Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken**  
**Vorlage: 10/3699/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der dieser Vorlage beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Zweibrücken vom 23.09.1994, zuletzt geändert durch Satzung vom 28.02.2024, wird als Satzung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### **Verteiler:**

30  
10L  
10.2.1

**Punkt 20:** Änderung der Satzung für das Jugendamt  
**(öffentlich)** Vorlage: 51/3612/2025

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der dieser Drucksache beigefügte Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Zweibrücken, zuletzt geändert durch Satzung vom 10.12.2015“ wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

51

30

10.2.1

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Punkt 21: (öffentlich)

**Änderung der Richtlinien für die Verleihung der Stadtplakette als Ehrengabe und des Stadttellers als Erinnerungsgabe;  
Beschlussfassung  
Vorlage: 10/3680/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt den vorliegenden Richtlinien für die Verleihung der Stadtplakette als Ehrengabe, des Stadttellers als Erinnerungsgabe und der Ehrennadel der Stadt Zweibrücken zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

10.1

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

**Punkt 22:**  
**(öffentlich)**

**Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO, Annahme von Spenden**  
**Vorlage: 10/3690/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Annahme der folgenden Spenden und Sponsorenmittel wird zugestimmt:

1. Der Umwelt- und Servicebetrieb, Oselbachstr. 60, 66482 Zweibrücken, spendet der Wirtschaftsförderung einen Geldbetrag in Höhe von 300 € für die Gewinne 1 bis 3 der Weihnachtsbäumchen-Schmückaktion.
2. Die GeWoBau GmbH spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 5.000 € zur Ausrichtung der Veranstaltung mit OPUS 45 im Jahr 2026.
3. Die Sparkasse Südwestpfalz spendet dem Kultur- und Verkehrsamt 2.500 € zur Ausrichtung der Veranstaltung mit OPUS 45 im Jahr 2026.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

### Verteiler:

20  
10.2.1  
41  
Wifö

**Punkt 23:**  
**(öffentlich)**

**Gemeinsames Positionspapier des Zweibrücker Stadtrats zu  
geplanten Standortverlegung der Kinderklinik Marienhausklinik  
St. Josef-Kohlhof; Antrag der Stadtratsfraktionen  
Vorlage: 10/3706/2025**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und betont, dass auch der Stadtvorstand das Papier unterzeichnen wolle, obwohl dieser nicht Antragsteller sei.

Ratsmitglied Dr. Igel (Grüne) erläutert die Hintergründe des Antrags. Sie führt aus, dass viele Zweibrücker Familien in Notfällen auf die Kinderklinik Kohlhof in Neunkirchen angewiesen seien, da es in Rheinland-Pfalz keinen flächendeckenden kinderärztlichen Bereitschaftsdienst gebe. Die geplante Verlegung der Klinik nach St. Wendel würde die medizinische Versorgung der Zweibrücker Kinder erheblich verschlechtern. Sie weist darauf hin, dass die ebenfalls erreichbare Uniklinik Homburg bereits personell stark ausgelastet sei und zusätzliche Patientenaufkommen nicht bewältigen könne. Sie hebt die hohe medizinische und menschliche Qualität der Kinderklinik Kohlhof hervor und bedankt sich für die parteiübergreifende Einigkeit in dieser Angelegenheit. Sie betont, dass man sich zwar nicht in die saarländische Gesundheitspolitik einmischen wolle, jedoch ein starkes Zeichen für die Zweibrücker Familien setzen müsse.

Im Anschluss fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtvorstand und Stadtrat der Stadt Zweibrücken erarbeiten ein gemeinsames Positionspapier (Formulierungsvorschlag nachstehend) zur geplanten Standortverlegung der Kinderklinik Marienhausklinik St. Josef-Kohlhof von Neunkirchen nach St. Wendel. Das Positionspapier wird anschließend sowohl an die Landesregierung des Saarlandes, den saarländischen Gesundheitsminister Herrn Magnus Jung, die Verwaltungsdirektion der Marienhaus GmbH sowie den Ärztlichen Direktor der Kinderklinik, Herrn, Prof. Dr. Ghiath Shamdeen übermittelt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

10.1  
10.2.1

**Punkt 24: Anfragen von Ratsmitgliedern  
(öffentlich)**

Es sind folgende Antragen von Ratsmitgliedern eingegangen:

**1. Anfrage von Ratsmitglied Lang**

Ampelanlage an der Kreuzung Ernstweiler

An der Ampelkreuzung in Ernstweiler an der Christuskirche, sprich Gottlieb-Daimler-Homburgerstraße, fahren bei einer Grünphase aus Richtung Einöd Richtung Zweibrücken, je nachdem, nur 4-6 Fahrzeuge über die Kreuzung. Deshalb gibt es regelmäßig einen langen Rückstau Richtung Einöd. Diesbezüglich haben sich schon viele Bürger/innen bei mir beschwert. Die Grünphase ist deutlich zu kurz, ich bitte um Überprüfung dieser und ggf. Nachjustierung der Ampelanlage.

Antwort: Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

**2. Anfrage von Ratsmitglied Gries**

UGG

Ratsmitglied Gries stellt folgende Fragen:

**1. Zeitlicher Rahmen der Mängelbeseitigung**

Gibt es seitens der Verwaltung bereits vereinbarte Schritte oder Fristen, um die bestehenden Mängel in Niederauerbach und Mörsbach zeitnah anzugehen? Welche Abstimmungen finden dazu aktuell mit UGG und den beteiligten Subunternehmen statt?

Antwort: Mit der UGG und den Bauleitern der Firmen findet ein wöchentlicher Jour fixe statt in dem anstehende Themen besprochen werden. Sowohl Stadt als auch UGG sind mit den Arbeiten und der Durchführung der ausbauenden Unternehmen in Niederauerbach und Mörsbach nicht zufrieden gewesen und haben interveniert. Aus diesem Grund gab es im Frühjahr mit allen Beteiligten einen vor Ort Termin. Trotz eines vereinbarten Zeitplans blieb die Behebung der Mängel aus, auch gab es keine Reaktion der Tiefbaufirma auf Anfragen. Die Stadt hat auf die Verträge zwischen UGG und den Generalunternehmen und deren Tiefbaufirmen keinen Einfluss. Offene Stellen in Mörsbach und Niederauerbach werden versucht noch vor Winter zu schließen. Der Großteil soll etwa Q2/2026 durch einen neuen Generalunternehmer und neue Firmen voranschreiten.

**2. Dokumentation von Schäden**

Wie stellt die Stadt sicher, dass Schäden an Straßen, Gehwegen und privaten Grundstücken vollständig und nachvollziehbar dokumentiert werden? Wer führt diese Dokumentation durch und nach welchem Standard?

Antwort: Die Arbeiten werden durch den UBZ im Rahmen der Streckenkontrolle durch Fotodokumentation und direkte Anweisung täglich überwacht. Zudem wird bei telefonischen Beschwerden von Bürger:innen darum gebeten uns die

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

Mängel/Beanstandungen mit Foto per Mail zukommen zu lassen - an die Sammeladresse [breitband@zweibruecken.de](mailto:breitband@zweibruecken.de). Diese Adresse wurde auf der städtischen Internetseite und bei vor Ort Terminen kommuniziert. Zusätzlich macht auch die UGG mit eigenen Mitarbeitenden regelmäßige Bauüberwachungen und eine eigene Bestandsaufnahme von Mängeln. Zudem besteht die Möglichkeit bei der UGG Mängel über die Website, per E-Mail und über eine Hotline zu melden. Bei den Abnahmen werden Verdichtungsprotokolle nach den gesetzlichen Vorgaben angefordert. Es werden zudem zu den Abnahmen Verdichtungsprotokolle nach den gesetzlichen Vorgaben angefordert. Es wird fortlaufend geprüft, ob die Mängel beseitigt wurden. Falls die Mängel weiter bestehen, wird erneut auf die Mängelbeseitigung hingewiesen.

### 3. Überwachung der Baustellen und Schadenslage

In welchem Umfang überwacht die Stadt derzeit den Zustand der Baustellen sowie gemeldete Schäden? Erfolgt diese Kontrolle fortlaufend durch städtische Stellen?

Antwort: Siehe Antwort zu Frage 2

### 4. Verantwortung für Setzungen und Wasserschäden

Wie ist die fachliche und finanzielle Zuständigkeit geregelt, wenn durch länger offen gebliebene Asphaltflächen Wasserschäden oder Setzungen entstanden sind?

Antwort: In der VRO ist folgendes vermerkt: „Spätere Setzungen hat der Veranlasser sofort auszubessern. Für sämtliche Schäden auch an Dritten, die durch mangelhafte Ausführung oder Nichtbeachtung vorstehender Auflagen auftreten, haftet der Veranlasser.“ Auch gelten die gesetzlichen Regelungen für Gewährleistung nach BGB. Die Frist von fünf Jahren beginnt nach einer erfolgreichen Abnahme der Bauarbeiten/Maßnahme.

### 5. Priorisierung bei der Wiederherstellung von Straßenoberflächen

Nach welchen Kriterien wird festgelegt, in welchen Bereichen Asphaltflächen frühzeitig erneuert werden und wo zunächst provisorische Lösungen bestehen bleiben?

Wie wird gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erläutert, weshalb sich der zeitliche Ablauf zwischen einzelnen Straßen unterscheidet?

Antwort: Es gibt keine Priorisierung. Querungen die unter der Woche hergestellt werden können meist direkt mit Asphalt verschlossen werden. Querungen durch Samstagsarbeiten, werden mit Pflastersteinen verschlossen, da Asphaltwerke samstags geschlossen sind. Arbeiten finden samstags statt, um den Berufs- und Schülerverkehr nicht zu beeinträchtigen.

### 6. Rechtswirkung des „Letter of Intent“

Wie ist der Letter of Intent mit UGG hinsichtlich Haftung und Verantwortlichkeiten ausgestaltet? Welche Regelungen dienen dazu, mögliche finanzielle Risiken für die Stadt zu minimieren?

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

Antwort: Der Letter of Intent (LoI) ist nur eine Absichtserklärung und ändert nichts an den gesetzlichen Vorgaben – insbesondere aus BGB und TKG – und kann diese weder umgehen noch einschränken. Siehe 4.

### 7. Bewertung der entstandenen Schäden

Liegt bereits eine Einschätzung vor, in welchem Umfang die bisher entstandenen infrastrukturellen Schäden den Wert städtischer Anlagen beeinflussen? Falls noch keine Bewertung vorliegt – ist eine solche geplant?

Antwort: Bisher sind Abnahmen in Ernstweiler und Stadtmitte erfolgt. Es ergaben sich keine optischen Beeinträchtigungen. Der ordnungsgemäße Straßen- oder Gehwegaufbau wird durch Kopflöcher überprüft und protokolliert. Sollten bei einem Abnahmetermin Mängel auffallen, werden diese im Protokoll festgehalten. Eine endgültige Abnahme erfolgt, nachdem sämtliche, auch bei der ersten Abnahme festgestellten Mängel behoben sind. Es erfolgt eine Nachabnahme.

### 8. Zeitplan für die Inbetriebnahme des Glasfasernetzes

Gibt es von UGG belastbare Angaben, ab wann erste Stadtteile tatsächlich ans Netz gehen sollen? Falls nicht: welche Aussagen liegen derzeit vor?

Antwort: Nach Aussage der UGG sollen in Q1/2026 die ersten Anschlüsse ans Netz gehen.

### 9. Auswirkungen möglicher Verzögerungen auf Kundenzahlen

Sind der Stadt Informationen darüber bekannt, ob Verzögerungen beim Ausbau Auswirkungen auf die Kundenzahlen von UGG haben und ob dies den weiteren Ausbau beeinflussen könnte?

Antwort: UGG baut ein offenes und eigenwirtschaftlich finanziertes Glasfasernetz und ist damit ein Infrastrukturausbauer und kein Internetdienstanbieter. Über Kundenzahlen der vier verfügbaren Internetanbieter (Empera, Leonet, o2 und Amiva) kann UGG und Stadt daher leider keine Auskunft geben.

### 3. Anfrage von Ratsmitglied Gries

#### Geländer der ehem. Parkbrauerei

Ratsmitglied Gries (SPD) möchte wissen, ob es Neuigkeiten hinsichtlich des Geländes der ehem. Parkbrauerei gebe

#### Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass es aktuell positive Entwicklungen gebe. Weitere Angaben könne er allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht machen.

**4. Anfrage von Ratsmitglied Watson**

Parkplatz Kreisel Ixheim

Ratsmitglied Watson (FDP) erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Schließung des Park-and-Ride-Platzes am Ixheimer Kreisel durch die Autobahn GmbH. Sie bittet die Verwaltung, mögliche Alternativen zu prüfen.

Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Schließung aufgrund versicherungstechnischer Risiken erfolgt sei. Sollte es unter der Brücke zu einem Fahrzeugbrand kommen, nimmt die Autobahn schaden und weder die Haftpflichtversicherung der Autobahn GmbH noch die der Stadt würden den Schaden in Millionenhöhe übernehmen. Daher sei er nicht bereit, einen entsprechenden Vertrag mit der Autobahn GmbH zu unterzeichnen. Er gibt an, dass derzeit keine geeigneten Grundstücke für einen alternativen Standort in diesem Bereich verfügbar seien. Die Verwaltung werde jedoch weitere Möglichkeiten prüfen.

**5. Anfrage von Ratsmitglied Watson**

Termin mit dem Ortsbeirat Mittelbach zum Thema wiederkehrende Beiträge

Ratsmitglied Watson (FDP) bittet darum, zeitnah einen Termin mit dem Ortsbeirat Mittelbach und der Verwaltung zu organisieren, in dem das Thema wiederkehrende Beiträge aufgegriffen werde.

Antwort:

Der Vorsitzende gibt an, dass man im Bau- und Umweltausschuss bereits darüber berichtet habe. Ein entsprechender Termin mit dem Ortsbeirat werde man für das nächste Jahr planen.

**6. Anfrage von Ratsmitglied de Gruisbourne**

Kaufhalle/Woolworth

Ratsmitglied de Gruisbourne (CDU) schlägt vor, den das Logo des neuen Mieters im City Outlet, Woolworth, mit einem nostalgischen Logo der Kaufhalle zu verbinden, um die Akzeptanz bei den Bürgern zu erhöhen und an die alte Kaufhalle zu erinnern.

Antwort:

Der Vorsitzende sichert zu, den Vorschlag durch Herrn Eschmann (GeWoBau) an Woolworth weiterzuleiten, zeigt sich jedoch wenig optimistisch hinsichtlich einer Umsetzung.

**7. Anfrage von Ratsmitglied Baumann**

Kitaverwaltungsprogramm

Ratsmitglied Baumann (SPD) fragt nach dem Stand der Einführung des neuen Verwaltungsprogramms, das Anfang des Jahres in Auftrag gegeben wurde.

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### Antwort:

Der Bürgermeister erklärt, dass die Umsetzung in Kürze erfolgen werde, jedoch noch keine genaue Zeitangabe gemacht werden könne.

## 8. Anfrage von Ratsmitglied Dettweiler

### Kontrollen am Busbahnhof

Ratsmitglied Dettweiler (AfD) äußert Bedenken hinsichtlich des zunehmenden Durchgangsverkehrs am Busbahnhof und bittet um verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt.

### Antwort:

Die Beigeordnete erklärt, dass das Ordnungsamt den Busbahnhof aktuell täglich – sowohl während als auch außerhalb der Schulzeiten – kontrolliere. Sie werde die Angelegenheit außerdem an die Polizeiinspektion Zweibrücken weitergeben, da diese für den fahrenden Verkehr zuständig seien.

## 9. Anfrage von Ratsmitglied Franzen

### Baumaßnahme Kino-Kreisel

Ratsmitglied Franzen (CDU) erkundigt sich nach den Gründen für die zeitliche Planung der Straßenbaumaßnahme am Kinokreisel in der Vorweihnachtszeit.

### Antwort:

Frau Hartfelder (UBZ) erklärt, dass die Maßnahme aufgrund der Verfügbarkeit von Firmen und der spezifischen Anforderungen an den verwendeten Gussasphalt zu diesem Zeitpunkt durchgeführt werden musste. Man sei in einem solchen Fall an die Terminvorgabe der ausführenden Firma gebunden. Es sei jedoch nachvollziehbar, dass die Maßnahme für die Bürger und Geschäftsbetreiber unglücklich sei.

## 10. Anfrage von Ratsmitglied Eckerlein

### Umgang mit Baustellen und Straßensperrungen

Ratsmitglied Eckerlein (CDU) regt an, zukünftig Maßnahmen zu ergreifen, um Bauzeiten zu verkürzen und die Auswirkungen auf den Verkehr zu minimieren

### Antwort:

Der Vorsitzende erklärt, dass Vertragsstrafen bei öffentlichen Aufträgen nicht möglich seien, und verweist auf die Abhängigkeit von den ausführenden Firmen. Die Verwaltung werde jedoch prüfen, wie die Planung und Durchführung von Baustellen verbessert werden könne.

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### 11. Anfrage von Ratsmitglied Dahler

#### Wiederkehrende Beiträge

Ratsmitglied Dahler (CDU) möchte wissen, welche Maßnahmen außerhalb eines Vollausbau einer Straße noch mit wiederkehrenden Beiträgen finanziert werden können.

#### Antwort:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

#### Verteiler:

Stadtwerke

Krebs

I

60

51

32

UBZ

Huble z.K.

## 16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

### **Punkt 25: Bekanntgabe der im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse (öffentlich)**

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefasst;

Es wurde zwei Einstellungen zugestimmt.

Es wurden zwei Vertragsangelegenheit und eine Grundstücksangelegenheit beschlossen.

## **16. Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025**

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:48 Uhr.

Der Vorsitzende

---

Oberbürgermeister  
Dr. Marold Wosnitza

Die Schriftführer

---

Alessa Buchmann

---

Anna Weber